



## Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt

### ► Regierungsratsbeschluss vom 10. September 2013

P130938

09.530 Parlamentarische Initiative. Löschung ungerechtfertigter Zahlungsbefehle; Vernehmlassungsverfahren

---

- ://: 1. Der Regierungsrat genehmigt den vorgelegten Briefentwurf an das Bundesamt für Justiz.

#### **Begründung**

Die Kommission für Rechtsfragen des Nationalrats hat die Kantone und weitere Kreise im Rahmen des Vernehmlassungsverfahrens zu einer Stellungnahme zum Vorentwurf zu einer Änderung des Bundesgesetzes über Schuldbetreibung und Konkurs (SchKG) eingeladen. Die vorgeschlagenen Änderungen bezwecken, Personen, die von einer ungerechtfertigten Betreibung betroffen sind, besser vor den nachteiligen Wirkungen zu schützen, die der entsprechende Betreibungsregistereintrag für sie haben kann. Der Regierungsrat äussert sich skeptisch zur Einführung eines neuen Rechtsbehelfs, der es einer betriebenen Person erlauben soll, unabhängig vom Entscheid über den materiellen Bestand der Forderung die Mitteilung der Betreibung gegenüber Dritten vorläufig zu unterbinden.

